

## **11. Brüsseler Gespräch des Landkreistages NRW: "Bilanz und Perspektiven der EU-Kohäsionspolitik"**

Am 08.11.2010 fand zum 11. Mal das Brüsseler Gespräch des Landkreistages Nordrhein-Westfalen statt. Thema war dieses Mal „Bilanz und Perspektiven der EU-Kohäsionspolitik“. Die laufende EU-Förderperiode geht ab 2013 in die zweite Hälfte des Programmzeitraums. Für den Finanzrahmen 2014 – 2020 werden bis Juni 2011 auf Brüsseler Ebene die entscheidenden Weichen gestellt. Grund genug für den Landkreistag Nordrhein-Westfalen sich diesem wichtigen und gerade auch für die Struktur- und Wirtschaftspolitik relevanten Thema anzunehmen.

Insgesamt waren rund 100 Zuhörerinnen und Zuhörer zu der Veranstaltung in die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel gekommen, darunter zahlreiche Landräte, Mitglieder des Europäischen Parlamentes und Vertreter europäischer Organisationen. Der Präsident des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, Herr Landrat Thomas Kubendorff, Kreis Steinfurt, eröffnete die Veranstaltung mit einem einleitenden Statement zu der Bedeutung der Kohäsionspolitik vor allem für den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. Grundsätzlich sei die Durchführung der Wettbewerbsverfahren in Nordrhein-Westfalen in der ersten Hälfte des Programmzeitraums ein Zugewinn gewesen, konnten doch Regionen von Fördermittel partizipieren, die unter der alten Ziel-II-Förderung nicht in den Genuss von europäischen Finanzmitteln hätten kommen können. Doch nun gehe es darum, in der nächsten Förderperiode die Strukturförderung für die Kreise vor Ort noch positiver und wirkgenauer zu gestalten. Dazu begrüßte Herr Kubendorff als Diskussionssteilnehmer Christopher Todd von der Generaldirektion Regionalpolitik - Abteilungsleiter für die Sektion Deutschland und die Niederlande, den Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Herrn Marc Jan Eumann, Herrn Dr. Markus Pieper, MdEP und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der Regionen, Herrn Landrat Friedel Heuwinkel, Kreis Lippe und Frau Dr. Claudia Schulte, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW, dort zuständig für das Ziel-II-Sekretariat.

Herr Todd begann mit einer Einführung zum Ausmaß und zum Umfang der Strukturförderung der Europäischen Union. Dabei betonte er, dass die Strukturförderung das wichtigste wirtschaftliche und finanzielle Instrument der Europäischen Union überhaupt sei und zudem mittlerweile den größten Teil des EU-Haushalts ausmache. Gegenwärtig gebe es ein Budget von rund 350 Milliarden Euro für die Strukturförderung im Rahmen des EU-Haushalts. Dabei entfielen rund 80% in Förderungen armer und wirtschaftlich rückständiger Regionen, 4% entfielen auf Förderung von kooperativen Projekten (insbesondere Interreg) sowie 16% auf die Förderung von konkreten Maßnahmen in „reichen“ Länder. In der vergangenen Hälfte der Förderperiode habe die Strukturförderung insgesamt für 1,4 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union ge-

sorgt. Als Beispiel nannte er aus dem Bereich der Infrastrukturförderung, dass mit Mitteln aus den EU-Strukturfonds rund 2000 Kilometer Autobahn und 4000 Kilometer Schieneninfrastruktur gebaut worden seien.

Ferner betonte Herr Todd, dass die Diskussion um die Zukunft der Strukturförderung in die sogenannte 2020-Strategie der Europäischen Union eingebettet werden müsse. Allerdings strebe die Kommission eine Weiterentwicklung der Strukturförderung im Sinne einer Evolution, nicht jedoch im Sinne einer Revolution an. Hinsichtlich der wesentlichen Eckpunkte der 2020-Strategie betonte Herr Todd, dass diese Strategie breiter sei als die Lissabon-Strategie. Als wichtigste Eckpunkte der 2020-Strategie nannte Todd die Verfolgung von Klimaschutzziele, die Städteförderung als Förderung der sogenannten Wachstumsmotoren, die Berücksichtigung eines Bottom-up-Ansatzes (Dezentralisierung), die Berücksichtigung von Makroräumstrategien, wie zum Beispiel eine Donaustategie oder eine Mittelmeerstrategie, die territoriale Zusammenarbeit und die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Innovation. Letztlich müssten in Zukunft die Strukturförderungsziele für die reichen Regionen auf diese Strategie hin ausgerichtet werden. Hinsichtlich der Förderregionen erklärte Herr Todd, dass die Kommission darüber nachdenke, ob in Zukunft noch eine Kategorie der „halbarmen“ Regionen zwischen 75% und 90% des durchschnittlichen EU-Bruttoinlandsprodukts als eigene Förderkategorie geschaffen werden sollte.

Abschließend ging Herr Todd noch auf den Zeitplan ein. Während nunmehr in den letzten Wochen des Jahres 2010 der Kohäsionsbericht vorgelegt werden sollte, würden die wichtigsten Eckpunkte für die Programmierung der zweiten Hälfte des Programmzeitraumes in der ersten Hälfte des Jahres 2011 unter polnischer Ratspräsidentschaft geschehen.

Als nächster Redner betonte Herr Staatssekretär Eumann die Bedeutung der Strukturförderung gerade für das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Oberste Priorität habe aus Sicht der Landesregierung die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Politisch sei für die neue Landesregierung ein frühzeitiges Einbringen in den Prozess der Programmierung für die zweite Hälfte der Förderperiode wichtig. Auch betonte Eumann, dass Nordrhein-Westfalen in der Arbeitsgruppe der Bundesländer zur Strukturförderung mit Sachsen-Anhalt zusammen die Federführung unter den Ländern innehave und schon deshalb ein wichtiges Wort bei der Gestaltung der kommenden Förderperiode mitzureden habe.

Herr Dr. Pieper, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP Fraktion), unterstrich eingangs seines Vortrags die Bedeutung der Abwicklung der

Strukturförderung vor Ort. Es sei aus seiner Sicht wichtig, dass sich die Programmierung auf der Ebene der Kommission auf wenige Grundsätze beschränke, während vor Ort die besten Kenntnisse für eine Abwicklung bestehen würden. Zudem erklärte Herr Pieper, dass die Einführung eines Zwischenziels für die Strukturförderung, also die Einführung einer Kategorie von ärmeren, aber nicht ganz armen Regionen, kritisch zu betrachten sei. Eine solche Kategorie würde dazu führen, dass nicht mehr genug Finanzmittel vorhanden seien, um die Starken hinreichend zu stärken.

Anschließend berichtete Landrat Heuwinkel aus der Förderpraxis und den damit verbundenen Problemstellungen vor Ort. Er kritisierte insbesondere die bürokratischen Hemmnisse für kleine und mittlere Unternehmen. Gerade für diese Zielgruppe sei es zum Teil schwierig, an den recht langwierigen Fördermittelverfahren teilzunehmen. In Anbetracht des nicht unerheblichen Aufwandes zur Erstellung der Projektunterlagen und dem ungewissen Erfolg sei es schwierig, private Unternehmen für die Fördermittelwettbewerbe zu begeistern. Insbesondere die Vorlaufzeit zwischen dem ersten Antrag bis zur endgültigen Bewilligung sei zu lang. Zudem fragte Landrat Heuwinkel kritisch, warum eine Co-Finanzierung durch Private nicht im stärkeren Umfang eröffnet würde. Schließlich betonte Landrat Heuwinkel auch, dass es für die Beteiligten grundsätzlich einfacher wäre, wenn die Entscheidungskompetenz vor Ort für die Strukturförderung vergrößert würde. Gerade dies könnte einen erheblichen Vorteil für kleine und mittlere Unternehmen darstellen.

Frau Dr. Schulte erklärte in ihrem Vortrag, dass eine Verlagerung der Abwicklung der Strukturförderung auf die Ebene der Kommunen auch mit Risiken behaftet sei. So würden die Bewältigung der beihilfenrechtlichen Schwierigkeiten und der administrative Aufwand dann in erster Linie bei den Kommunen vor Ort liegen. Notwendig sei ein Kompromiss zwischen Kontrolle und Effizienz der Fördermittelabwicklung. Dennoch sei man gerne bereit, auf Landesebene soweit wie möglich für eine Entbürokratisierung und möglichst einfache Durchführung der Fördermittelverfahren einzustehen.

In der anschließenden Diskussion ging es zunächst um die Frage, wie eine Verwaltungsvereinfachung der Förderverfahren möglichst praxisnah umgesetzt werden kann. Dabei betonte Herr Dr. Pieper, dass es Überlegungen gebe, für Regionen mit guten Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Art Zertifizierung zu ermöglichen, um so diesen Regionen einen Vertrauensvorschuss bei der Verwendung der Mittel zu geben. Solche Regionen müssen dann gar nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr so stark kontrolliert werden, die Kontrolldichte könnte sich dann auf

die Regionen konzentrieren, bei denen es in der Vergangenheit größere Probleme im Umgang mit den Strukturfördermitteln gegeben habe.

Herr Staatssekretär Eumann betonte nochmals, dass die Durchführung der Wettbewerbsverfahren auch aus Sicht der neuen Landesregierung grundsätzlich weitergeführt werden sollten. Es müsse allerdings zugleich berücksichtigt werden, dass der administrative Aufwand für die Wettbewerbsverfahren teilweise recht groß sei und nicht immer das Verhältnis zum Nutzen der Verfahren gegeben sei.

Weiterhin wurde allgemein die Schwierigkeit betont, Private in die Kofinanzierung einzubinden. Es sei unverständlich, so insbesondere Landrat Heuwinkel, dass es nicht möglich sei, zum Beispiel private Geldgeber und Sponsoren anstelle des Kreises Lippe für die Eigenanteile im Rahmen der Strukturförderung einzubinden. Hierzu ergänzte Herr Todd, dass es allerdings heute schon in vielen Bereichen möglich wäre, Private im Rahmen der Förderverfahren einzubinden.

Schließlich stellte Landrat Kubendorff nochmals die Frage, ob es auch für Nordrhein-Westfalen sinnvoll sei, nach niedersächsischem Vorbild Regionalbudgets zu bilden. Durch solche Regionalbudgets könne eine zielgenaue Förderung gerade bezogen auf Besonderheiten vor Ort ausgerichtet werden. Es zeigte sich, dass dieser Vorschlag insbesondere auf der Seite der Landesregierung Nordrhein-Westfalen teilweise zurückhaltend gesehen wurde. So wurde im diesem Zusammenhang nochmals die Problematik der Komplexität bei der Abwicklung der Förderverfahren betont, zu nennen hier die Berücksichtigung des Europäischen Rechtsrahmens, des EU-Beihilfenrechts oder der haushaltsrechtlichen Vorgaben.

Ein abschließendes Thema waren die guten Erfahrungen, die verschiedentlich mit sogenannten revolvingenden Fonds gemacht wurden. Bei diesen revolvingenden Fonds erhalten Unternehmen keinen dauerhaften Zuschuss, sondern eine kreditähnliche finanzielle Hilfe, die sie später bei Gelingen ihrer wirtschaftlichen Projekte wieder an den Fonds zurückzahlen müssen. Auf diese Weise könnten bei gleichem Budget erheblich Projekte gefördert werden, da bei den erfolgreichen Projekten jedenfalls ein Rückfluss der Geldmittel zu erwarten sei. Sollte ein Projekt scheitern wäre eben gerade die Risikotragung die wesentliche Unterstützungsleistung durch die Strukturförderung gewesen. Insoweit kamen die Diskussionsteilnehmer überein, dass die Ausweitung dieser revolvingenden Fonds als Förderinstrumentarium sinnvoll wäre.